

## II. Die ersten Vorarlberger Arbeiterkammerwahlen 1921

### 1. WAHLVORBEREITUNGEN UND ORGANISATION

Am 22. Jänner 1921 trat die mit der Durchführung der Wahlen betraute Hauptwahlkommission zu ihrer ersten Sitzung zusammen. Die Kommission hatte ihren Sitz an der Bezirkshauptmannschaft Feldkirch. Ihr unterstanden sogenannte Zweigwahlkommissionen für die jeweiligen Gerichtsbezirke in Bregenz, in Egg für den Gerichtsbezirk Bezau, in Dornbirn, Feldkirch, Bludenz und in Schruns für den Gerichtsbezirk Montafon.

Für die Wähler der Sektion Verkehr, dazu gehörten Eisenbahn, Dampfschiffahrt, Post, Telegraph und Telefon, gab es für den gesamten Kammersprengel des Landes nur eine Zweigwahlkommission bei der Bezirkshauptmannschaft Feldkirch.

Insgesamt bestanden vier getrennte Wahlkörper oder Sektionen mit jeweils verschiedener Anzahl an Kammermitgliedern – auf die Arbeiter traf es 24, auf die Angestellten 7, auf die Verkehrsarbeiter 2 und auf die Verkehrsangestellten 7 Kammermitglieder. Bis zum 19. Februar 1921 sollten alle Arbeitgeber ein Verzeichnis der in den Betrieben beschäftigten Wahlberechtigten, dazu gehörten auch die Frauen, der Bezirkshauptmannschaft übermitteln.

Nicht wählen durften Personen, die am 29. Jänner 1921 noch nicht das 18. Lebensjahr erreicht hatten, die kein Wahlrecht zum Nationalrat besaßen oder weniger als zwei Monate in Vorarlberg beschäftigt waren.

Das passive Wahlrecht knüpfte sich an die österreichische Staatsbürgerschaft, an das Wahlrecht zur Nationalversammlung und an die Vollendung des 24. Lebensjahres. Um in die Kammer gewählt werden zu können, mußte man außerdem während mindestens drei Jahren in der Republik ein Arbeits- oder Dienstverhältnis besessen haben, ferner mußte der Arbeitsort am 29. Jänner im Kammersprengel gelegen sein.

Als Wahltag wurde Samstag, der 23. April, und Sonntag, der 24. April 1921, festgesetzt.

### 2. DIE WAHLWERBENDEN PARTEIEN

In Vorarlberg sandten nur zwei Parteien ihre Arbeitnehmervvertreter zu den Kammerwahlen. Es waren dies die Christlichsozialen und die Sozialdemokraten. Die Kommunisten hatten nicht kandidiert. Die als dritte Gruppe auftretenden Deutschvölkischen betonten immer wieder ihre „unpolitische“ Einstellung und Selbständigkeit und sind daher nur beschränkt der Partei der Großdeutschen zuzurechnen. Um die Sektion der Arbeiter bewarben sich die christlichen und freien Gewerkschaften und die deutschvölkische Arbeiterliste.

Die beiden Richtungsgewerkschaften traten auch in der Sektion der Angestellten auf. Die Deutschvölkischen stellten hier die Liste der „D.H.V.“ – der „deutschen Handels- und Industrieangestellten“ – auf.

Nur zwei Listen gab es dagegen in der Sektion der Verkehrsarbeiter und Angestellten, da hier die Christlichsozialen mit den Deutschvölkischen eine Koalition eingegangen waren. Im Gegensatz dazu bestand in Tirol in allen vier Sektionen ein solches Bündnis gegen die Sozialdemokraten<sup>2</sup>.

„Dem Christentum und Deutschtum zum Siege, dem sozialdemokratischen Wiener und Russen-Judentum zum Abzug.“ Mit diesem und ähnlichen Aufrufen endete die

## Wahlberechtigung.

In den Wahlkörper der Arbeiter sind einzureihen alle Personen, die gemäß § 1 des Gesetzes vom 30. März 1888, R. G. Bl. Nr. 33, betreffend die Krankenversicherung der Arbeiter und dem Gesetze vom 28. Juli 1889 R. G. Bl. Nr. 127, betreffend die Regelung der Verhältnisse der Bruderladen, der Krankenversicherungspflicht unterliegen, mit Ausnahme der Angestellten.

In den Wahlkörper der Angestellten sind einzureihen:

- a) die Angestellten im Sinne des Handlungsgehilfengesetzes;
- b) die Aufseher und Beamten im Sinne des allgem. Berggesetzes, soweit sie nicht Staatsbedienstete sind und
- c) jene Personen, die im Sinne der gesetzlichen Vorschriften über die Pensionsversicherung von Angestellten nach der Art ihrer Stellung Beamtencharakter haben oder vorwiegend geistige Dienstleistungen verrichten.

Nicht wahlberechtigt und daher in die Wählerverzeichnisse nicht aufzunehmen sind Personen, die am Tage der Ausschreibung der Wahl (29. Jänner 1921) das 18. Lebensjahr noch nicht zurückgelegt haben, die gem. § 13 des Gesetzes vom 20. Juli 1920 St. G. Bl. Nr. 351, von dem Wahlrechte zur Nationalversammlung ausgeschlossen sind und die am Tage der Ausschreibung der Wahl noch nicht mindestens 2 Monate im Kammer-sprengel in Beschäftigung stehen.

Für die Wahlkörper der Arbeiter und der Angestellten der Verkehrsunternehmungen gelten die gleichen Vorschriften.

Eine Person kann nur in einem Wählerverzeichnis als wahlberechtigt angeführt werden.

Auszug aus einer Kundmachung zu den Wahlen in die Arbeiterkammer 1921  
(Stadtarchiv Bregenz)

christlichsoziale Wahlwerbung für die Arbeiterkammer. Bereits im Februar 1921 hatten die Wahlwerbenden mit ihrer Agitation begonnen. Sie führte zwar zu keinen Ausschreitungen und Gewalttätigkeiten wie in anderen Bundesländern, jedoch zu äußerst scharfen verbalen Äußerungen in den jeweiligen parteinahen Zeitungen. Für die christlichen Gewerkschaften war das „Vorarlberger Volksblatt“ das Hauptsprachrohr, das den Kammerwahlen sieben Leitartikel der ersten Seite widmete.

Verschärfend im Vorarlberger Wahlkampf hatten sich die für die Christlichsozialen vernichtenden Ergebnisse der Wiener Kammerwahlen vom 20. Februar ausgewirkt, da sogar die Kommunisten mit rund 6000 Stimmen die christlichen Gewerkschaften geschlagen hatten und die freien Gewerkschaften die Hunderttausendgrenze überschreiten konnten.

Die Christlichsozialen Vorarlbergs sahen die Ursachen der Wiener Niederlage im „Mangel an einer zielbewußten stetigen Aufklärung“ durch die eigene Gewerkschaft, in der Gleichgültigkeit der „Organisierten“ und schließlich im „roten Terror“, „... wo die Wähler unter Bedeckung von Arbeiter- und Betriebsräten zur Urne geführt werden und mit dem Wahlkuvert auch den roten Stimmzettel in die Hand gedrückt erhalten“<sup>4</sup>.

Diese Angriffe konnten freilich die eigenen Schwächen nicht verbergen, welchen sich nun die Vorarlberger Christlichsozialen mit aller Gewalt widersetzen wollten.

Neben der bereits genannten Werbung im „Volksblatt“ wurden im ganzen Land Versammlungen abgehalten, bei denen Wiener Nationalräte und Bundesrat Dr. Drexel sprachen. Besondere Unterstützung leistete der starke „Vorarlberger Arbeiterbund“, in welchem neben den gewerkschaftlichen auch alle konfessionellen Arbeiter- und Angestelltenorganisationen vertreten waren.

Die christlichen Gewerkschaften maßen der zukünftigen Arbeiterkammer große Bedeutung zu, da die Förderung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Interessen der Arbeiter und Angestellten als das „beste, ja das einzige zielführende Mittel“ zur Hebung der Arbeits- und Berufsmoral angesehen wurde, ferner als Voraussetzung für ein politisch gesundes Österreich. Man sah die Kammer auch als ein Instrument der Gleichberechtigung mit den übrigen Berufsständen und betonte, daß sich daraus durchaus Gegensätze etwa zum Vorarlberger Landeskulturrat, zur Landesregierung und zur Handels- und Industriellenkammer ergeben könnten: „Vielleicht oder hoffentlich wird sie (die Kammer) ebensooft in die Lage kommen, solidarisch mit anderen Ständevertretungen die gemeinsamen Ziele und Aufgaben innerhalb des Landes zu fördern und zu vertreten.“<sup>5</sup>

Die christlichen Gewerkschaften Vorarlbergs taten alles, um sich, trotz ihres Appells zu Solidarität und Zusammenarbeit mit den anderen Ständen, von der ihnen vorgeworfenen „Kapitalistenhörigkeit“ zu distanzieren: „Daß die Wahlwerber, Sekretäre und Führer der christlichen Arbeiterorganisationen, die an jedem wirtschaftlichen und sozialen Erfolg der Arbeiterschaft, insbesondere an den Lohnbewegungen, im Rechtsschutz, an dem Ausbau der sozialpolitischen Gesetzgebung, ehrlich und unermüdlich mitgearbeitet haben, in der Vorarlberger Wacht als Kapitalistenknechte, Arbeiterverräter, Laufburschen der Unternehmer“ geschimpft werden, sei eine üble Verleumdung, vielmehr stehe „gerade ein der ‚Wacht‘ nahestehendes Unternehmen im Rufe der radikalsten Ausbeutung der Arbeiterschaft...“<sup>6</sup>

Trotz Absage an den Privatkapitalismus wünschte man im Sinne der christlichen Soziallehre, wie sie später im Ständestaat anzuwenden versucht wurde, das gute Einvernehmen mit den Unternehmern. Nichts schien den Vorarlberger Christlichsozialen verhaßter als das Schreckgespenst des „Klassenkampfes“, wodurch deren Verfechter, die Sozialdemokraten, zu den Totengräbern der Republik, eines christlichen Abendlandes und einer deutschen Kultur gestempelt wurden.

Der christliche Gewerkschaftssekretär Dr. Gustav Blenk faßte Emotionen, Befürchtungen und Klischees in treffender Weise zusammen und betrachtete die Vorarlberger Kammer bei einem sozialdemokratischen Sieg als „Spielball der Sozialisten und ihres jüdischen Führertums, sie wären dann ein neues Instrument des Klassenkampfes...“

Die Sozialpolitik würde in demagogischer Weise ausgenützt werden, um das Parteiinteresse der Sozialdemokratie zu sichern... Die Arbeiterschaft und namentlich die Arbeiterjugend wird zur Gänze materialisiert werden. Moral und Autorität werden zum Teufel gehen und der rote Zukunftsstaat wird auf den Trümmern der zugrunde gerichteten Moral aufgebaut werden. Österreich aber wird der Leidtragende sein. Ein von sozialen Kämpfen bis ins Innerste zerrissenes und aufgewühltes Österreich, ein Österreich, dessen deutsche Bevölkerung immer mehr von jüdischem Geiste verseucht wird und seine hohe Mission, deutsche Kultur nach dem Osten zu bringen, verliert, ein Österreich, reif zum wirtschaftlichen und politischen Bolschewismus.“ Anstelle des „Klassenkampfes“ setzte man christliche „Solidarität der Stände“.

Bezeichnend für den Wahlkampf war der auch in Vorarlberg immer wieder auftretende Antisemitismus im Zusammenhang mit dem „Bolschewismus“, was auch zu persönlichen Angriffen gegen jüdische Sozialdemokraten in Vorarlberg führte. Gerade hierin lag eine Plattform gemeinsamen Handelns in der besagten Kammer-Koalition mit den Deutschvölkischen.

Auch noch im Jahre 1928 sah Landeshauptmann Ender im sozialdemokratischen Judentum Wiens, als deren treue Gehilfen er die Landesführer der Sozialdemokraten, Hermann und Linder, bezeichnete, eine „Gefahr für Vorarlbergs Alemannen“<sup>7</sup>.

(Wahlwerbung für die freien Gewerkschaften machte die sozialdemokratische „Vorarlberger Wacht“. Da der Jahrgang 1921 dieser Zeitung in ganz Österreich nicht mehr auffindbar ist, kann die Stellungnahme der freien Gewerkschaften auf die oben skizzierten heftigen Angriffe und ihre eigene Propaganda nicht mehr aufgezeigt werden.)

Der Inhalt der Wahlwerbung der Deutschvölkischen glich in vielem jener der Christlichsozialen, vor allem wenn es gegen Sozialdemokraten und Juden ging. Der agitatorische Stil im „Vorarlberger Tagblatt“ war daher nicht weniger demagogisch: „Denn die Sozialdemokraten denken, fühlen und handeln weder für die Arbeitnehmer, noch für die Deutschen, sondern nur für ihre dunklen Parteizwecke... Wir Deutsche wollen... den Schutz des Privatkapitals und vor allem andern des Volkskapitals auf die Fahne schreiben können, weil wir eben die Frucht der Arbeit selbst genießen wollen, weil wir nicht vom Leib und Munde Erspartes zur Erhaltung Volksfremder und Staatsfremder, ebenfalls unproduktiv arbeitender sozialdemokratischer Parteisekretäre hergeben wollen.“<sup>8</sup>

Da die Deutschvölkischen oder „Gelben“<sup>9</sup>, wie sie von der gegnerischen Seite auch genannt wurden, für das Privatkapital eintraten, kamen sie in der hitzigen Kammerwahlpropaganda in ernste Schwierigkeiten. Die Vorarlberger Sozialdemokraten warfen dem „D.H.V.“ (Deutscher Handels- und Industrieangestelltenverband)<sup>10</sup> nicht nur vor, gar keine Gewerkschaft zu sein, weil von „Unternehmerkapitalisten“ bestochen, sondern auch die Interessen der Angestellten zu verraten.

Um die zwiespältige Einstellung zum Privatkapitalismus zu klären, prangerten die Deutschvölkischen Vorarlbergs nicht so sehr das sozialdemokratische Judenführertum an, sondern die Entartung des Privatkapitalismus durch das liberale Judentum, das allein für Ausbeutung verantwortlich gemacht wurde und das sogar die Arbeitnehmerschaft mit seinen kapitalistischen Plänen verführe<sup>11</sup>.

Da damals ein Großteil der Vorarlberger Arbeitnehmerschaft für einen Anschluß an die Schweiz oder gar ein selbständiges Vorarlberg war, konnte die Betonung des „Deutschvölkischen“ leicht als politische Abhängigkeit zum mächtigeren Nachbarstaat gedeutet werden und dadurch einen Stimmenverlust herbeiführen. Daher legten

der „D.H.V.“ und die „Deutschvölkischen Arbeiter“ auf ihre parteiunabhängige Stellung wert.

Genosse Wilhelm Sieß, späterer Arbeiterkammerpräsident, wurde auf einer Bludener Versammlung des „D.H.V.“ dann auch eingehend über den Unterschied zwischen „Volkspolitik und Parteipolitik“ aufgeklärt, „daß man sich als deutschnationaler, d. h. volksbewußter Mann noch keiner Parteifraktion verschrieben haben“ und nicht einmal der großdeutschen Partei angehören müsse<sup>12</sup>.

Massive Parteipolitik zu betreiben, die wirtschaftlichen Interessen der Arbeitnehmer zu verraten und „ein auf demagogischen Kunststücken aufgebauter roter Wählerverein“ zu sein, warf der „D.H.V.“ den freien Gewerkschaften vor.

Die Angriffe gegen die freien Gewerkschaften waren auch von christlichsozialer Seite groß. Es war nämlich in Vorarlberg den Sozialdemokraten längere Zeit mit Erfolg gelungen, ihre Beziehungen zur freien Gewerkschaft aus wahltaktischen Gründen zu verbergen<sup>13</sup>.

Das „Vorarlberger Volksblatt“ widmete daher am ersten Kammerwahltag den freien Gewerkschaften einen ganzseitigen Leitartikel und beklagte, es gebe in Vorarlberg „genug, die wirklich christlich und deutsch“ dächten, denen es aber bis heute noch nicht klar geworden sei, daß die „Ständige Delegation der freien Angestellten-Gewerkschaften“ nichts anderes sei als eine echte sozialdemokratische Organisation. In Vorarlberg glaubten sogar zahlreiche Arbeiter an die „politische Unschuld“ der freien Gewerkschaften, selbst wenn sich ihre Führer offen als Sozialisten bezeichneten.

Wer daher diese Gewerkschaft wähle, müsse wissen, daß sie gegen Religion und Christentum sei, „auf dem Boden des Klassenkampfes und des nacktesten Materialismus und unter der Führung des Wiener Judentums“ stehe<sup>14</sup>.

Da die „Deutschvölkischen“ in den beiden Verkehrssektionen mit den Christlichsozialen ein Wahlbündnis eingegangen waren, konnten sie schwerlich gegen ihren Partner zu Felde ziehen. Nur am letzten Wahltag startete das „Vorarlberger Tagblatt“ noch einige Angriffe gegen die christlichen Gewerkschaften und ihre Vertreter: „In salbungsvollen Worten von der Kanzel herunter versucht man unter Androhung der ‚Sünde‘, euch eure Stimme für die christlichen Gewerkschaften abzuschmeicheln. Auch die christlichen Gewerkschaften sind international und bekennen sich nicht offen zu ihrem Volke, dem sie angehören und das wir doch alle aus seiner tiefsten Erniedrigung wieder aufrichten wollen. Sie stehen ganz im Banne der klerikalen Machthaber, deren Endziel die Aufrichtung der Monarchie und damit die Wiedereinsetzung des letzten Habsburgers, Karls des Verräters, ist. Juden und die klerikale Macht waren von jeher das größte Verderben unseres Volkes.“<sup>15</sup>

### 3. DIE WAHLWERBER ZUR 1. KAMMERWAHL

#### *Arbeitersektion*

#### A. Freie Gewerkschaften<sup>16</sup>

Schlüter Anton, Sekretär, Dornbirn; Tost Fridolin, Gewerkschaftsobmann, Dornbirn; Straßer Alois, Bludenz; Spindler Samuel, Sekretär, Dornbirn; Frank Karl, Obmann der Mühlenarbeiter, Feldkirch; Horatschek Franz, Maschinist, Bregenz; Brändle August, Danöfen; Neßler Emil, Metallarbeiter, Bludenz; Gränitz Karl, Schuhmacher, Bregenz; Linder Anton, Sekretär, Landtagsabgeordneter, Dornbirn; Pipp Vinzenz, Magazineur, Bregenz; Sladek Wilhelm, Metallarbeiter, Feldkirch; Unterlaß Ferdinand, Maurer, Bregenz.

## B. Christliche Gewerkschaften <sup>17</sup>

Troidl Otto, Sekretär, Dornbirn; Kaufmann Martin, Sekretär, Dornbirn; Ortner Johann, Schriftsetzer, Bregenz; Wachter Alfred, Elektromonteur, Bludenz; Inama Anton, Drucker, Hohenems; Hämmerle Gebhard, Tischler, Dornbirn; Hämmerle Romed, Sticker, Lustenau; Candotti Abraham, Stückpassierer, Bludenz; Dünser Markus, Maurer, Gisingen; König Karl, Textilarbeiter, Hard; Fink Arnold, Metallarbeiter, Kennelbach; Spiegel Hulda, Weberin, Dornbirn; Dietrich Nikodemus, Schreiner, Bludenz; Ludescher Jakob, Heizer, Gisingen; Nejer Ludwig, Holzarbeiter, Schruns; Bertsch Johann Josef, Monteur, Frastanz; Preg Josef, Sticker, Rankweil; Köb Josef, Kaminkehrer, Egg; Lintner Erwin, Textilarbeiter, Dornbirn; Höfler Viktor, Lebensmittelarbeiter, Bregenz-Vorkloster; Klocker Rudolf, Schlichter, Wolfurt; Jetzinger Johann, Schneider, Bregenz; Salzgeber Gebhard, Bauarbeiter, Klösterle; Mayer Johann, Maschinist, Nenzing; Giesinger Paulina, Nachstickerin, Altach; Tschabrun Anton, Textilarbeiter, Nenzing; Schertler Josef, Metallarbeiter, Lauterach; Bundschuh Lina, Textilarbeiterin, Feldkirch; Heinzle Alois, Metallarbeiter, Dornbirn; Mangeng Peter, Gipser, Dornbirn; Boß Josef, Textilarbeiter, Vorkloster.

## C. Deutschvölkische Arbeiterliste <sup>18</sup>

Blum Artur, Steindrucker, Dornbirn; Hämmerle Johann, Stickermeister, Lustenau; Grabher Hilar, Geschäftsdienner, Bregenz; Süß Engelbert, Maschinist, Dornbirn; Lenz Sebastian, Tischlergehilfe, Bregenz; Feuerstein Alois, Tischlergehilfe, Lustenau; Kalausek Eduard, Drechslergehilfe, Bregenz; Jäger Johann, Monteur, Dornbirn; Müller Ludwig, Sticker, Lustenau; Wachter Josef, Linierer, Dornbirn; Drexel Georg, Fabrikarbeiter, Bregenz; Anfang Josef, städt. Arbeiter, Bregenz.

### *Angestelltensektion*

#### A. Freie Gewerkschaften <sup>20</sup>

Tschirnich Alois, Elektrotechniker, Bregenz; Griß Alois, Sparkassenbeamter, Feldkirch; Böhler Josef, Fabriksbeamter, Dornbirn; Bachmann Leopold, Leiter der Arbeitsnachweisstelle, Feldkirch; Höfle Josef, Leiter d. Kreiskrankenkasse, Dornbirn; Rhomberg Hermann, Beamter bei F. M. Hämmerle, Dornbirn; Zangerl Alois, Bankbeamter, Bregenz.

#### B. Christliche Gewerkschaften <sup>19</sup>

Tomaschett Josef, Industrieangestellter, Bregenz; Christa Martin, Handelsangestellter, Feldkirch; Leuprecht Ferdinand, Handelsangestellter, Dornbirn; Frick Johann, Fabriksmeister, Bludenz; Gleßmer Franz, Beamter, Lustenau; Zabransky Franz, Industrieangestellter, Hohenems; Jutz Wilhelm, Werkmeister, Gisingen; Nachbauer K. A., Handelsangestellter, Rankweil; Böhler Johann, Handelsangestellter, Bregenz; Winsauer Gebhard, Industrieangestellter, Dornbirn; Jochum Karl, Fabriksmeister, Bludenz; Bösch Gebhard, Kassabeamter, Lustenau; Häfele Josef, Stickermeister, Hohenems; Schiestl Johanna, Verkäuferin, Dornbirn.

#### C. Liste der Deutschen Handels- und Industrieangestellten – D.H.V.

Schmid Kaspar, Industriebeamter, Bregenz; Worm Ernst, Buchhalter, Bludenz; Koch Artur, Handelsangestellter, Dornbirn; Lins Karl, Buchhalter, Feldkirch; Hagen Rudolf, Industrieangestellter, Lustenau; Natter Johann Peter, Buchhalter, Egg; Thurnher Eugen, Prokurist, Dornbirn.

### *Sektion der Verkehrsunternehmen – Arbeiter*

#### A. Freie Gewerkschaften

Lutz Arnold, Telegraphist, Bludenz; Kitzmüller Heinrich, Kesselschmied, Feldkirch.

#### B. Liste der christlichen und nationalen Arbeiter

Büchl Josef, Oberbauarbeiter, Gisingen; Auer Florian, Hilfsbediensteter, Gisingen.

### *Sektion der Verkehrsunternehmen – Angestellte*

#### A. Freie Gewerkschaften

Sieß Wilhelm, Magazinbeamter, Bludenz; Wekerle Eugen, Stationsbeamter, Nenzing; Büchel Basil, Postbeamter, Feldkirch; Polagnoli Hans, Lokomotivführer, Feldkirch; Gayer Albert, Untersteuermann, Bregenz.

#### B. Liste der christlichen und nationalen Verkehrsangestelltenverbände

Kennerknecht Josef, Landesrat, Bregenz; Metzler Ignaz, Revident, Bludenz; Böhler Georg, Werkführer, Feldkirch; Böhler Rudolf, Postmeister, Wolfurt; Gamohn Hans, Bahnmeister, Egg; Marte Ignaz, Postunterbeamter, Bregenz; Giesinger Georg, Maschinenwärter, Dornbirn.

## 4. DAS WAHLERGEBNIS

Das Hauptergebnis der 1. Vorarlberger Arbeiterkammerwahlen bestand darin, daß die Sozialdemokraten Vorarlbergs zum erstenmal in der Landesgeschichte die Mehrheit in einer Landeswahl und in einer öffentlichen Einrichtung errungen hatten. Andererseits erhielten sie von 40 Vertretern nur 22 und damit das schlechteste Ergebnis aller österreichischer Bundesländer.

Die Wahlen waren in völliger Ruhe und Ordnung verlaufen. Insgesamt hatten sich nur rund 60 Prozent der Wahlberechtigten an den Wahlen beteiligt. Wenn man jedoch bedenkt, daß keine Wahlpflicht bestand und nur 32 Wahllokale für das gesamte Land zur Verfügung standen, können die Wahlen als ein Zeichen politischer Reife und starken wirtschaftlich-sozialen Bewußtseins der Arbeitnehmerschaft bezeichnet werden. Außerdem waren Hunderte von Arbeitern vom Wahlrecht ausgeschlossen worden, weil sie von ihren Arbeitgebern auf den Wählerlisten nicht angeführt worden waren.

Das Wahlergebnis sah folgendermaßen aus: <sup>21</sup>

	<i>Arbeitersektion</i> (24 Sitze)		<i>Angestelltensektion</i> (7 Sitze)	
	Stimmen	Sitze	Stimmen	Sitze
A. Christliche Gewerkschaften	2692	10	496	3
B. Deutschvölkische Liste	257	1	469	2
C. Freie Gewerkschaften	3535	13	427	2
	<hr/>	<hr/>	<hr/>	<hr/>
	6484	24	1392	7



Arbeiterkammerpräsident Wilhelm Sieß in der Arbeiterkammerkanzlei, Gilmstraße.

(J. Schoder, Feldkirch)

*Verkehrssektion – Arbeiter  
(2 Sitze)*

	Stimmen	Sitze
A. Christlich-deutschvölkische Liste	178	–
B. Freie Gewerkschaften	386	2
	504	2

*Verkehrssektion – Angestellte*

	Stimmen	(7 Sitze) Sitze
A. Christlich-deutschvölkische Liste	770	2
B. Freie Gewerkschaften	1667	5
	2437	7

*Verteilung der Sitze*

A. Christliche Gewerkschaften	14
B. Deutschvölkische Liste	4
C. Freie Gewerkschaften	22

Die Kammerwahlen brachten für die sozialdemokratische Gewerkschaft zwar eine absolute Mehrheit, die sie vor allem der Arbeiterschaft zu verdanken hatte, aber die Angestelltenschaft neigte zur Hälfte den beiden bürgerlichen Gruppen zu. Damit waren den Sozialdemokraten in den freien Gewerkschaften von vornherein die Hände für ein zu eigenständiges Vorgehen gebunden, was sich entweder in einer Mäßigung aller Gruppen oder in einem wenig konstruktiven und für die Arbeiterkammer schädlichen Arbeitsklima auswirken konnte.

Die Christlichsozialen meinten zum Wahlergebnis: „Der ‚Sieg‘ und die ‚Mehrheit‘ der ‚freien‘ Gewerkschaften in der Arbeiterkammer von Vorarlberg sind nur ein Schein aus vergangenen Umsturztagen, ein Pyrrhus-Sieg! Noch ein solcher ‚Sieg‘ und die Arbeiter- und Angestelltenkammer von Vorarlberg gehört den christlichen Gewerkschaften <sup>22</sup>.“

Ihre eigene Niederlage hatten sich die christlichen Gewerkschaften nur so zu erklären gewußt, daß keine Wahlpflicht bestand und man immer wieder beklagen müsse, daß „ihre kreuzbraven und oft sehr frommen Arbeiter und Arbeiterinnen“ weniger Interesse, Mitarbeit und Mut fänden, sich für die Ziele und Aufgaben der Arbeiterbewegung einzusetzen als ihre sozialdemokratischen Gegner. Das Fehlen von mindestens 60 Wahlkommissionen in vorwiegend bäuerlichen Gemeinden mit christlich gesinnter Bevölkerung habe sich zudem negativ ausgewirkt. Dagegen sei in Bregenz, Bludenz und am Spullersee die Arbeiterschaft von Betriebsräten häufig geschlossen zu den Wahlurnen geführt worden.

Die Deutschvölkischen mußten ihre Schlappe offen bekennen und sahen sie vor allem im Fehlen einer deutschvölkischen Gewerkschaft, ja Arbeiterbewegung <sup>23</sup>.